



Prof. Beske: Der Ausgang der Bundestagswahl ist ausschlaggebend für den Weg in eine andere Zukunft des Gesundheitswesens.

Ihrem Sinne – in Deutschland kommen wird?

Prof. Beske: Dies hängt von verschiedenen Faktoren ab. Zunächst einmal ist das Wahlergebnis entscheidend. Über die Auswirkung einer Linkskoalition braucht nicht spekuliert zu werden: Der Weg in die Staatsmedizin ist vorgezeichnet. Kommt es zu einer Rechtskoalition wird entscheidend sein, welche Personen mit welcher Grundauffassung die Gesundheitspolitik bestimmen. Dies trifft neben der Kanzlerposition in erster Linie auf den Bundesgesundheitsminister und seinen Staatssekretär, dann auf den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Gesundheit und auf die

in den einzelnen Fraktionen für Gesundheitspolitik zuständigen Abgeordneten zu. Hier ist jede Prognose Kaffeesatzleserei. Entscheidend ist aber auch die Frage, ob in der Gesundheitspolitik einer Rechtskoalition der Wille und die Kraft besteht, ordnungspolitisch falsche Gesetzesänderungen wieder rückgängig zu machen und den Weg in eine andere Zukunft des Gesundheitswesens als den zu gehen, der mit der derzeitigen Gesetzeslage vorgezeichnet ist. Hier gilt der Grundsatz, dass Rücknahme nicht Rückschritt zu sein braucht, sondern im Gegenteil dann Fortschritt ist, wenn Fehler der Vergangenheit korrigiert werden. Vielleicht ist dies die wichtigste Frage für die Zukunft des Gesundheitswesens nach der Bundestagswahl überhaupt.

BZB: Herr Professor Beske, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Isolde M. Th. Kohl.

Mehr Wahlfreiheit

CSU fordert deutliche Kurskorrektur im Gesundheitswesen

Den Weg in die Planwirtschaft im Gesundheitswesen will der Gesundheitspolitische Arbeitskreis (GPA) der CSU stoppen. Dazu müsse der Gesundheitsfonds, in den 100 Prozent der Beitragsmittel in der gesetzlichen Krankenversicherung fließen, abgeschafft werden. Das Prinzip der Zentralisierung muss durch den Grundsatz der Regionalisierung ersetzt werden. Nur so kann eine angemessene flächendeckende Versorgung gewährleistet werden.

In einem Sieben-Punkte-Programm fordert der GPA-Landesvorstand, dessen Mitglieder aus allen Leistungsbereichen der Medizin sowie aus Verbänden, Krankenversicherungen und Verwaltungen kommen, die Selbstverwaltung zu revitalisieren. Zur Stärkung der Selbstverantwortung soll unter anderem die Prävention ausgebaut werden. Schrittweise soll die Kostenerstattung im ambulanten Bereich an die Stelle der Sachleistung treten. Außerdem sollen Patienten stärker als bislang zwischen unterschiedlichen Versicherungsleistungen wählen können. Krankenkassen und Versicherungen sollen künftig Versicherungspakete anbieten, die

sich in Art und Umfang wie auch in der Prämienhöhe unterscheiden. Dabei muss die private Krankenversicherung als Vollversicherung erhalten bleiben. Die gesetzliche Krankenkasse verliert mit zunehmendem Eintritt in den Wettbewerb ihren Körperschaftsstatus.

Gleichzeitig erteilen die Gesundheitspolitiker der CSU einer weiteren Ökonomisierung des Gesundheitswesens eine klare Absage. Wettbewerb finde dort Grenzen, wo Erhalt oder Wiederherstellung von Gesundheit von den Rendite-Interessen externer Kapitalgeber überlagert werden. Medizinische Versorgungszentren sollten ausschließlich von Berufsträgern der Heilberufe, Apotheken ausschließlich von Apothekern betrieben werden. Zugleich unterstützt der Arbeitskreis die Forderung der Gesundheitsberufe nach angemessener Honorierung. Hier dürften die Mediziner nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung „abgehängt werden“. Als Antwort auf die demografische Entwicklung müsse der berufliche Nachwuchs stärker gefördert werden.